

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Koch versucht die Regierungsbildung.

Fehrenbach hat abgefragt.

Künftig wird gemeldet: Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichsminister a. D. Dr. Koch (Dem.) zu einer Besprechung über die zurzeit gegebene politische Lage und die Regierungsbildung. Er richtete hierbei an Herrn Koch das Ersuchen, auf der Grundlage der großen Koalition die Regierungsbildung zu übernehmen. Reichsminister a. D. Dr. Koch erklärte sich zur Annahme dieses Auftrags bereit.

Reichsminister a. D. Koch, der den Auftrag zur Bildung einer Regierung übernommen hat, empfing heute mittag zunächst die Abg. Fehrenbach und Marx vom Zentrum. Weitere Empfänge sind zurzeit noch nicht angelehnt. Um 2 Uhr nachmittags beginnt die Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion, in der Abg. Koch Bericht erstatten wird.

Das Verhalten des Herrn Koch ist mutig und konsequent. Die Demokratische Partei hat sich unter seiner Führung lebhaft für die Große Koalition eingesetzt, es ist daher nur folgerichtig, wenn er die Gelegenheit wahrnimmt und die von ihm vertretene politische Idee durchzuführen versucht.

Herr Koch ist freilich nicht der Erste, an den sich der Reichspräsident gemeldet hat. Tags zuvor hatte er eine Unterredung mit dem Zentrumsführer Fehrenbach, über die offiziös berichtet wird:

Der Herr Reichspräsident hatte heute (gestern, Sonntag, Red. d. B.) vormittag eine längere Unterredung mit dem Reichstagsabg. a. D. Fehrenbach über die politische Lage und die Regierungsbildung. Hierbei richtete der Herr Reichspräsident an den Abgeordneten Fehrenbach die Frage, ob er bereit wäre, einen Auftrag zur Führung der Verhandlungen über die Regierungsbildung auf der Grundlage der Großen Koalition zu übernehmen. Der Abgeordnete Fehrenbach erwiderte, daß er sowohl aus persönlichen Gründen wie auch im Hinblick auf die Auffassung der Zentrumsfraktion nicht in der Lage sei, einen solchen Auftrag anzunehmen; das Zentrum beabsichtigt nicht, die Führung bei der Regierungsbildung zu übernehmen oder gar auf den Kanzlerposten Ansprüche zu erheben. Seine Ablehnung gelte daher nicht nur für seine Person, sondern für das Zentrum überhaupt.

Hätten die Demokraten dieselbe Haltung eingenommen wie das Zentrum, so hätten die ganzen Verhandlungen über die Große Koalition einen geradezu burlesken Ausgang genommen: keine der beiden Parteien, die diese Art der Regierungsbildung propagieren, hätte sich an die Sache herangetraut!

Herr Koch, der auf der Linken als ein zuverlässiger Republikaner und als eine energische Persönlichkeit anerkannt ist, wird sich nicht verhehlen, daß er eine ungemein schwierige Auf-

gabe übernommen hat, eine Aufgabe, die durch die Ereignisse der letzten Tage nicht eben erleichtert worden ist. Wir meinen damit nicht nur das Zurückweichen des Zentrums von der Führung, sondern auch die Behandlungen des sozialdemokratischen Programmvorschlages durch die bürgerlichen Parteien des Reichstags und einen Teil ihrer Presse.

Bekanntlich hält die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrem Programmvorschlages ausdrücklich an den Anträgen fest, die sie zur Erwerbslosenfürsorge gestellt hat. Hätten nun die bürgerlichen Mittelparteien Neigung, den sozialdemokratischen Vorschlag anzunehmen, so hätte sich das wohl schon bei der Behandlung jener Anträge zeigen müssen. In Wirklichkeit war das aber in keiner Weise der Fall, denn die sozialdemokratischen Anträge sind abgelehnt worden.

Zugleich versucht die „Tägliche Rundschau“, das Organ der Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten klar zu machen, daß sie das sozialdemokratische Programm auf keinen Fall annehmen könnten. Das bedeutet, entweder eine Ablehnung des Ganzen von vornherein oder doch zum mindesten die Ankündigung des Versuchs, den Sozialdemokraten einen Punkt ihres Programms nach dem andern abzuhandeln. Es ist klar, daß das nicht allzu große Vertrauen der Sozialdemokratie zur Wiederholung eines schon einmal mißglückten Experiments durch solche Methoden eine weitere erhebliche Abtötung erfahren müßte.

Herr Koch hat den guten Willen, eine republikanisch zuverlässige Regierung zustande zu bringen, und er wäre auch der Mann dazu, wenn er eine willige Mehrheit hinter sich hätte. Aber hat er sie? Kann er sie schaffen? Er selber hat sich zu einem Befragter folgendermaßen geäußert:

Ich habe den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung des Kabinetts angenommen, weil ich die alsbaldige Bildung einer Reichsregierung für eine Notwendigkeit ansehe und es nicht genügt, den Gedanken der Großen Koalition nur zu empfehlen, sondern weil es darauf ankommt, sich dafür mit der Tat einzusetzen. Es ist erforderlich, die Hindernisse klar zu stellen, die sich hier entgegenstellen und alles daran zu setzen, sie zu überwinden.

Die Hindernisse liegen darin, daß die Volkspartei keine republikanische Partei ist und daß sie außerdem in sozialen Fragen Auffassungen vertritt, die denen der Sozialdemokratie geradezu entgegengesetzt sind, womit sie auch sonst in den bürgerlichen Mittelparteien Unterstützung findet. Klargestellt brauchen also die Hindernisse nicht erst zu werden. — Herr Koch will aber alles daransetzen, sie zu überwinden. Er hat zu diesem Zweck zunächst seine eigene Fraktion für 2 Uhr nachmittags einberufen und will dann die Verhandlungen mit den anderen Parteien aufnehmen.

gefunden hat, kommt in einer Resolution zum Durchbruch, die am Sonntag die Sozialistischen Verbände des Departements Bar beschloßen haben. Sie bezeichnet es als einen der schwersten Fehler, daß man die Konstituierung eines Konzentrationsministeriums zugelassen habe und fordert die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitags, der die Haltung der Partei gegenüber der sich von Tag zu Tag mehr fühlbar machenden Krise bestimmen soll. Dem Beschluß war ein längeres Referat des Genossen Renaudel über die Finanzkrise vorausgegangen; Renaudel machte dem neuen Kabinett zum Vorwurf, daß es mit seinem Finanzprogramm die politische und wirtschaftliche Lage noch mehr vermirre, so daß man schon für die nächsten Wochen mit ernstlichen Schwierigkeiten rechnen müsse. Als einzig mögliche Lösung der Krise bezeichnet Renaudel die Bildung eines starken Ministeriums der Linken mit Beteiligung der Sozialisten.

Die Geldmensen drohen mit Steuerstreik.

Paris, 14. Dezember. (Lil.) 300 Industrielle des Aube-Departements verpflichten sich einstimmig in einer Entschließung, sofort in einen allgemeinen Steuerstreik einzutreten, wenn die Finanzvorlage Roucheurs in der Kammer durchgehen sollte. Auch aus anderen Teilen Frankreichs werden Protestentscheidungen der Wirtschaftskreise gegen die neue Steuervorlage gemeldet.

Die Stadt Berlin freigesprochen.

Im Prozeß wegen des Magistrats-Postverkehrs. Das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Jasper hat heute nachmittag Oberbürgermeister Dr. Böß und Stadtrat Wege von der Anklage der Verletzung des Reichspostmonopols durch außerpostmäßige Beförderung städtischer Verwaltungsschreiben zwischen den Gemeindebehörden freigesprochen.

Glückwünsche für Lööbe. Der gesamte Vorstand des Reichstages erschien heute unter der Führung des Vizepräsidenten Dr. Fischer beim Reichstagspräsidenten Lööbe, um ihm zu seinem 50. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Dr. Fischer überreichte dem Präsidenten eine prächtige Blumenspende. Geheimrat Gall, der Direktor beim Reichstage, übermittelte die Glückwünsche des Personals der Reichstagsverwaltung. Im Laufe des vormittags erschienen u. a. noch Staatssekretär Reikner, um die Glückwünsche des Reichspräsidenten darzubringen. In der ersten Nachmittagsstunde fand sich Reichstagskanzler Dr. Luther persönlich ein und überbrachte die Glückwünsche der Reichsregierung.

Die Beamtenbesoldung.

Von Willy Steintopf, M. d. R.

Bei der Beratung der Anträge zugunsten der Erwerbslosen hat sich im Reichstag das wenig erhebbende Bild abgespielt, daß die bürgerlichen Parteien zusammen mit den Sozialdemokraten Beschlüsse faßten, um alsbald vor dem Revolver des Herrn Dr. Luther innerhalb 24 Stunden um-, zurück- und wieder umzufallen. Der gleiche Vorgang wird sich heute bei der Beratung der Maßnahmen für die Beamten der unteren Besoldungsgruppen und die Kriegspolter abgespielt, obwohl der von allen Parteien, mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung gefasste Beschluß im Haushaltsausschuß sich nach der Angabe des Reichskanzlers mit dem Angebot der Regierung fast deckt und finanziell tragbar ist.

Was liegt also vor? Eine rein bürgerliche Reichsregierung hat die Beamten der unteren Besoldungsgruppen bei den Besoldungsregelungen im Juni und November 1924 unter Duldung aller bürgerlichen Parteien in geradezu sträflicher Weise zurückgelassen und benachteiligt. Seitdem ist trotz der ständig steigenden Teuerung und der mit ihr wachsenden Not nichts geschehen, um diesen Beamten irgendwie beizuspringen. Die Sozialdemokratie war seit dem Frühjahr bemüht, für die schleichtbezahlten Beamten wenigstens die Erhöhung des Zuschlags zum Grundgehalt von 12½ auf 20 Proz., also um 7½ Proz. durchzusetzen. Die Rechtsregierung und ihre Parteien lehnten ein über das anderemal ab.

Die steigende Not hat dazu geführt, daß, nachdem die Sozialdemokraten sich nochmals für die unteren Besoldungsgruppen eingesetzt und den Stein endlich ins Rollen gebracht haben, zwischen ihnen und dem Zentrum eine Vereinbarung getroffen wurde. Sie geht dahin, den Zuschlag zum Grundgehalt für die Besoldungsgruppen I bis IV von 12½ auf 25 Proz., also um 12½ Proz. und für die Besoldungsgruppen V und VI von 12½ auf 20 Proz., also um 7½ Proz. zu erhöhen. Die sich für die vier Monate Dezember 1925 bis einschließlich März 1926 hieraus ergebenden Beträge sollen den Beamten noch vor Weihnachten in einer Summe ausbezahlt werden. Danach würden die Beamten der Gruppe II 38 bis 53 M., der Gruppe III 40 bis 57 M., der Gruppe IV 46 bis 65 M., der Gruppe V 32 bis 45 M. und der Gruppe VI 40 bis 58 M. einmalig erhalten. Der Wunsch der Sozialdemokraten, der Erhöhung des Zuschlags rückwirkende Kraft bis zum 1. Oktober 1925 zu geben, drang leider nicht durch. Dieser Vereinbarung sind dann die Kommunisten, die Deutschen Nationalen die Böhlichen, die Demokraten und die Bayerische Volkspartei beigetreten, so daß der Antrag im Haushaltsausschuß eine überwältigende Mehrheit fand. Der Wert des Antrags liegt u. a. darin, daß durch ihn die laufenden Bezüge der genannten Gruppen vom 1. April 1926 ab — die Genehmigung des Etats für 1926 vorausgesetzt — monatlich um den vierten Teil der oben genannten Beträge erhöht wird, und daß die Regelung sinngemäß für die Kriegspolter gilt.

Dieser Antrag steht jetzt im Plenum des Reichstages zur Entscheidung. Genau wie bei der Erwerbslosenfrage hat nach dem Bekanntwerden dieses Ausschusseschlusses die Revolverpolitik des Herrn Dr. Luther eingesetzt. Nur wird sie diesmal schon von vornherein von der Deutschen Volkspartei tatkräftig unterstützt. Sie ist der Meinung, daß, wenn unten etwas gegeben wird, oben mindestens viermal so viel zugestanden werden muß. Sie hat sich nicht scheut, durch ihre Wortführer, die Abg. Dr. Cremer und Morath und mit Unterstützung der Abg. Alletotte (Z.) und Lucke (Wirtschaftl. B.) einen Antrag für die Beamten der Gruppen I bis XI zu stellen, der als einmalige Zulage unten 25 M., oben aber 123 M. geben will. Keine außer den beiden antragstellenden Parteien hat dem Antrag zugestimmt, und der Abg. Erising (Z.) erklärte, daß der Schritt des Abg. Alletotte, der den Antrag mitgezeichnet hatte mit der Zentrumspartei nichts zu tun hat.

Die Reichsregierung erklärt zudem, daß sie nicht in der Lage sei, den Ausschusseschlusß anzunehmen. Sie bleibe als ihr letztes Wort folgendes: als einmalige Zulage soll noch vor Weihnachten gezahlt werden: den Beamten der Gruppen I bis IV ein Viertel und den Beamten der Gruppen V und VI ein Fünftel eines Monatsbezugs, mindestens aber 30 M. für den Mann und mindestens je 5 M. für Frau und jedes Kind. Eine Erhöhung der laufenden Bezüge könne nicht zugestanden werden, um die neue Regierung nicht zu belasten und kein Präjudiz für eine etwa kommende Neuordnung der Besoldung zu schaffen.

Der Reichstagskanzler hat inzwischen mit den Parteien einzeln und zusammen Besprechungen gehabt und dabei die stärksten Pressionen ausgeübt. Er hat gedroht, daß die Beamten nichts erhalten würden, wenn man den Vorschlag der Regierung nicht akzeptiere. Daraufhin begann der Umfall der Parteien. Für die Deutschen Nationalen erklärte Abg. Hergt, daß sie den Ausschusseschlusß preisgeben, die einmalige Zulage aber auch für die Beamten der höheren Gruppen bis zur Gruppe XI hinauf wünschen. Abg. Stegerwald (Z.) desavouierte seinen Parteifreund, den Abg. Erising, der die Vereinbarung mit den Sozialdemokraten getroffen hat und erklärte sich namens des Zentrums mit dem Vorschlag des Kanzlers einverstanden. Er veräumelte nicht, seinem anderen Parteifreund Alletotte gegenüber zu bemerken, daß die Gruppen über VI nicht in Frage kommen könnten. Die Einigkeit beim Zentrum ist also grenzenlos. Die Demokraten wollten darauf warten, daß „die Großen zuerst umfallen“.

Tschitscherin und Briand.

Die Pariser Besprechung.

Paris, 13. Dezember. (W.B.) „Journal“ teilt über die Unterredung zwischen Briand und Tschitscherin mit, alle zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen seien zur Sprache gekommen. Für Mittwoch sei eine neue Besprechung vorgesehen. Tschitscherin und Rakowski würden sich alsdann nach Moskau begeben, um der Sowjetregierung Bericht zu erstatten. Botschafter Rakowski würde erst gegen Mitte Januar nach Paris zurückkehren. Dann werde die große Aussprache beginnen. Zwischen Frankreich und Sowjetrußland seien juristische, wirtschaftliche und politische Fragen zu regeln. Frankreich betrachte als wesentlich zunächst eine gerechte Regelung der Rechte von Besitzern russischer Wertpapiere und der geschädigten französischen Interessen in Rußland. Andererseits betrachte Frankreich den Wiedereintritt Rußlands in die europäische Politik als untrennbar von dem ausdrücklichen Willen nach Wiederaussöhnung. Dieser Wille müsse sich darin bekunden, daß Rußland formell die Umetriebe, die es unter dem Deckmantel der Dritten Internationale fortgeführt habe, aufgeben. Das Blatt erinnert an das Mißtrauen der Bolschewisten gegenüber dem Völkerbund und den Abmachungen von Locarno und bemerkt, daß die großen Schwierigkeiten offensichtlich darin bestünden, die Politik neuer und aufrichtiger Mitarbeiter Rußlands mit der revolutionären Strömung in Sowjetrußland in Einklang zu bringen. Die russische Regierung müsse beweisen, daß sie fähig sei, diese Politik zu realisieren. Davon hänge der Erfolg der Verhandlungen ab, von denen man bisher lediglich sagen könne, daß die Staatsmänner, von gutem Willen befeuert, sie mit einem ernstlichen Meinungsaustausch eingeleitet hätten.

Inwiefern die Äußerungen des „Journal“ die Meinung der französischen Regierung wiedergeben, läßt sich nicht beurteilen. Es ist auch möglich, daß Frankreich mit Rußland gut steht, wenn Moskau zahlt und kauft — auch ohne seine Stellung zum Völkerbund zu ändern.

Die Krise Frankreichs.

Werden die Sozialisten doch an der Regierung teilnehmen? Paris, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Unzufriedenheit mit der innerpolitischen Entwicklung der letzten Wochen, die nach der Sprengung des Kartells zur Bildung eines Konzentrationskabinetts geführt und neuerdings in dem Abmarsch der radikalen Linken in das Lager der Mittelparteien einen deutlichen Ausdruck

Auch sie sind schwankend geworden. Bedinglich die Sozialdemokraten blieben fest und erklärten, daß sie an dem Ausschlußbeschlusse und ihrer Vereinbarung festhalten. Auch Kommunisten und Bäckische dürften an dem Antrag festhalten.

Die Sachlage ist also vollständig ungeklärt. Herr Luther will eine Katastrophe heraufbeschwören. Sie tritt ein, wenn der Ausschlußantrag im Plenum angenommen wird, und die Regierung keine Durchführung rüchert. La zwischen in Teil der Deutschnationalen, des Zentrums und der Demokraten wieder zurückgefallen sind, ist die Annahme des Ausschlußantrages durchaus möglich. Gibt die Regierung dann nicht nach, und erhalten die Beamten vor Weihnachten nichts, so liegt die Verantwortung einzig und allein bei Herrn Dr. Luther.

Moralische Blutschuld.

Ahleman gegen Graefe. — Wer sagt die Wahrheit?

Es ist amtlich noch nichts darüber bekannt geworden, ob die Staatsanwaltschaft eine Voruntersuchung gegen Wulle, Kube und Ahleman wegen Mitwisserschaft am Morde einleiten wird. Inzwischen melden sich die moralisch Belasteten. Herr Ahleman, Oberstleutnant und Reichstagsabgeordneter a. D. schickt uns eine Berichtigung. Er möchte auf Grund des § 11 des Pressegesetzes berichten, daß er moralisch mitschuldig sei, und führt dafür in seiner „Berichtigung“ folgenden Beweis:

„Der „Vorwärts“ hat in seiner Morgenausgabe vom 12. Dezember, Ausgabe A, Nr. 299, die Behauptung aufgestellt, daß ich als böckischer Reichstagsabgeordneter den 17-jährigen Gruette-Lehder den Reichstagsabgeordneten Wulle und Kube zu einer Unterredung über organisatorische Fragen zugeführt hätte und daß mich eine moralische Schuld an dem Mord tröfe.

Es ist nicht wahr, daß ich damals Reichstagsabgeordneter gewesen bin, wahr ist, daß ich damals Geschäftsführer der Deutschböckischen Freiheitspartei gewesen bin. Reichstagsabgeordneter bin ich erst am 4. Mai 1924 geworden.

Es ist nicht wahr, daß ich den Gruette-Lehder den Reichstagsabgeordneten Wulle und Kube zugeführt habe. Wahr ist vielmehr, daß der mir gänzlich unbekannte Gruette-Lehder eines Tages auf dem Geschäftszimmer erschien, als ich den abwesenden Wulle vertrat. Er berichtete von einer Differenz mit den Deutschnationalen in seiner Ortsgruppe. Daraufhin habe ich Gruette-Lehder pflichtgemäß an das geschäftsführende Vorstandsmitglied Herrn Wulle verwiesen.“

Diese Beweisführung richtet sich gegen die Darstellung, die Herr von Graefe im Auftrag von Kube und Wulle die Öffentlichkeit übergeben hat. Dort heißt es:

„Beide Abgeordnete, denen Gruette-Lehder durch den früheren Abgeordneten Oberstleutnant Ahleman zu einer Unterredung in organisatorischen Fragen zugeführt war, erklären die Aussagen des Gruette-Lehder für erstunken und erlogen und sind bereit, das mit ihrem Eide zu bekräftigen.“

Das sieht doch ganz danach aus, als ob die Herren sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschreiben suchten. Das moralische Werturteil über die böckischen Führer wird dadurch nur bestärkt.

Deutschnationale gegen Erwerbslose.

Aber für Erhöhung der Reparationslasten.

Die Reichsregierung hat jede wesentliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung abgelehnt, weil die Reichsfinanzen keine weitere Belastung ertragen. Wir haben bereits nachgewiesen, daß diese Behauptung unzutreffend ist, und daß stille Reserven vorhanden sind, die es gestatten, die Erwerbslosen vor dem bittersten Elend zu bewahren. Der wahre Grund für die ablehnende Haltung der Reichsregierung und der Rechtsparteien ist das Verlangen der Unternehmer, keinerlei Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorzunehmen, damit die Unternehmer die Wirtschaftskrise benutzen können, um die Löhne zu drücken.

Selbstverständlich wird dieser Zusammenhang bestritten. Die Rechtsparteien, vor allem die Deutschnationalen, die nach ihrem Aus-

tritt aus der Regierung hemmungslos Demagogie betreiben, wollen die Erbitterung der Erwerbslosen ablenken. Eine besondere Rolle dabei spielt der deutschnationale „Arbeiterführer“ Koch-Düsseldorf. Auf dem letzten deutschnationalen Parteitag hat er eine erhebliche Erhöhung der Unterstützung der Erwerbslosen verlangt. Jetzt, wo es gilt, diese Forderung zu verwirklichen, verjagt er und behauptet, die steigenden Reparationslasten Deutschlands seien schuld daran, daß die Erwerbslosen nicht befriedigt werden können.

Dazu muß folgendes festgestellt werden: 1. Die Deutschnationalen sind mitverantwortlich für die Reparationslasten, die durch das Londoner Abkommen im August 1924 festgesetzt wurden.

2. Unter der Führung der Deutschnationalen ist im Sommer 1925 die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer beschlossen worden. Es bewirkt, daß in den nächsten Jahren die Reparationslasten Deutschlands erheblich steigen werden. Nach der Denkschrift der Reichsregierung über die Finanzlage sind im Jahre 1926 145,83 Millionen Mark mehr an Reparationslasten zu zahlen und im Jahre 1927 gar 250 Millionen Mark mehr, weil Bier- und Tabaksteuer höhere Erträge liefern.

Die Erwerbslosen müssen also weiter unter den schwersten Entbehrungen leiden, weil die deutschnationale Finanzpolitik dazu führt, daß Hunderte von Millionen Mark nicht für die Erwerbslosen in Deutschland zur Verfügung stehen, sondern der Entente ausgeliefert werden müssen.

Es stimmt.

Des Kommunisten-Königs Mißwirtschaft.

Die „Rote Fahne“ äußert sich endlich zum Fall König:

„Der Genosse Arthur König ist bereits seit Januar 1925 nicht mehr Kassierer der Partei. Sicher hat er nicht die für die sachgemäße Verwaltung des Parteivermögens auch notwendige kaufmännische Eignung. Bei der Verwaltung des Vermögens der Partei hat er Maßnahmen ergriffen, die zu Verlusten für die Partei geführt haben. Es muß aber festgestellt werden, daß der Genosse König sich nicht persönlich bereichert hat. Die Schlussfolgerung des „Vorwärts“, daß die Herausgabe der Notmarken auf die „Kassengebarung“ des früheren Parteikassierers zurückzuführen ist, ist falsch und ein unzulässiger Versuch, die Opferbereitschaft der Arbeiterklasse für die revolutionäre Partei zu untergraben.“

Unsere Behauptungen über die Mißwirtschaft des Kommunisten-Königs stimmen also.

Kein Ausnahmezustand in Bayern.

Eine Verordnung mit sofortiger Wirkung.

München, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der in Bayern seit dem Kriege in verschiedenen Formen bestehende Ausnahmezustand ist nun endlich gefallen. Die Regierung hat sich offenbar dazu entschlossen, weil im Landtag von der Sozialdemokratie und anderen Parteien der Opposition ein neuer Sturm gegen diesen Ausnahmezustand, der sich im wesentlichen immer nur gegen links ausgewirkt hatte, bevorstand, und weil unter den Parteien der Regierungskoalition selbst die Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage sich immer mehr verschärften. Es bestand also die Gefahr, daß die Regierung, wenn sie nicht freiwillig nachgab, bei der Abstimmung im Landtag evtl. in die Minderheit geraten wäre.

Halbamtlich wird darüber mitgeteilt: Durch eine Verordnung des Gesamtstaatsministeriums vom 12. Dezember ist der Ausnahmezustand mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden. Damit hat die bayerische Regierung ihre im Sommer gegebene Zusicherung, daß sie den Ausnahmezustand von sich aus aufheben werde, sobald die Verhältnisse es gestatteten, verwirklicht. Die Ausnahmebestimmungen haben sich seit der letzten Wählung im wesentlichen auf Vorschriften über Veranstaltungen unter freiem Himmel und über die Behandlung von Plakaten und Flugblättern beschränkt. Für Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel gelten nunmehr uneingeschränkt die Vorschriften der Reichsverfassung und des Reichsvereinsgesetzes. Auch sie geben den Polizeibehörden bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Möglichkeit zum Einschreiten, Verboten, Einschränkungen, und zwar sowohl allgemein als in einzelnen Fällen. Die Staatsregierung ist entschlossen, von dieser Möglichkeit nötigenfalls entsprechend Gebrauch

zu machen. Um zu verhindern, daß auf dem Gebiete des Plakat- und Flugblattwesens die früher vorgelassenen Ausschreitungen wiederkehren, hat das Ministerium des Innern gleichzeitig eine oberpolizeiliche Vorschrift auf Grund des § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuches erlassen. Hiernach dürfen Plakate, Flugblätter und Flugchriften auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen nur dann angebracht oder verbreitet werden, wenn sie lediglich Ankündigungen über Versammlungen oder in der geschäftlich üblichen Form gehaltene wirtschaftliche oder Vergnügungsanzeigen enthalten. Versammlungsplakate dürfen nur die zur Bekannngabe der Versammlung und Einladung erforderlichen rein sachlichen Angaben über Veranstalter, Ort und Zeit der Versammlung, Rede, Tagesordnung, Aussprache usw. enthalten. Solche Vorschriften bestehen auch anderwärts, insbesondere seit längerer Zeit in Preußen. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes schließt seine Wiedereinführung beim Vorliegen der reichsverfassungsmäßigen Voraussetzungen nicht aus.

Für die Erhöhung der Invalidenrenten.

Sozialdemokratischer Antrag im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Antrag gestellt, nach dem sie die Invalidenrenten um 5 Mark aus Reichsmitteln und um 5 Mark aus Mitteln der Invalidenversicherung erhöht wissen will. Außerdem hat die Fraktion beantragt, daß auch für die Witwen Renten gegeben werden, wenn der versicherte Ehemann vor dem 1. Januar 1912 verstorben ist oder invalide wurde. Weiter sollen den Witwen, die vor dem 1. April 1925 rentenberechtigt waren, zu ihren Renten die Steigerungsätze gegeben werden für Beiträge, die vor dem 30. September 1921 geleistet worden sind. Ferner soll nach dem Antrage auch den Invaliden, die vor dem 1. August 1925 invalide geworden sind, gegebenenfalls das erhöhte Kindergeld von 7,50 Mark im Monat gewährt werden.

Die Rentenerhöhung ist eine zwingende Notwendigkeit. Daneben ist aber auch dringend erforderlich, daß die unterschiedliche Festsetzung der Renten und Nebenbezüge je nach der Zeit des Eintritts der Invalidität beseitigt wird.

Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn.

Die Forderungen des Einheitsverbandes.

Heute nachmittag um 3 Uhr nehmen die Lohnverhandlungen zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft und den Arbeitnehmervertretern ihren Fortgang, nachdem bekanntlich Anfang der vorigen Woche in einer Vorbesprechung beschlossen worden war, diese Verhandlungen zentral für sämtliche Direktionsbezirke zu führen.

Der Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner nahm in seiner Sitzung vom 12. und 13. Dezember zu dem Stand der Lohn- und Gehaltsbewegung Stellung. Er kam nach eingehender Aussprache, wie in einer Einschließung festgestellt wird, zu der einmütigen Ansicht, daß die Notlage des Eisenbahnpersonals die äußerste Grenze erreicht hat. Die wirtschaftliche Notlage, unter der in erster Linie die Arbeiter aller Lohngruppen, sowie die Beamten der unteren und mittleren Gehaltsgruppen zu leiden haben, erfordert ausreichende und schnelle Hilfe. Die Konferenz erklärt sich mit den vom Vorstand getroffenen Maßnahmen voll einverstanden und beauftragt ihn, alles Erforderliche zu unternehmen, um die verzweifelte wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Beamten zu bessern.

Der Vorstand und Beirat nimmt Kenntnis von den auf die Gehaltsaufbesserung bezüglichen Beschlüsse des Reichstagsausschusses. Die Konferenz kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dieser Ausschuss bei seiner Beschlussfassung die Notlage der unteren und mittleren Beamtengruppen nicht voll gewürdigt hat und erwartet vom Plenum eine grundsätzliche Revision zugunsten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen. Von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft muß unbedingt gefordert werden, daß sie der Notlage der Lohn- und Gehaltsempfänger und einer weitgehenden Aufbesserung der Löhne und Gehälter Rechnung trägt.

„Geburt der Jugend“ von Arnold Bronnen

(Junge Bühne)

Als Arnold Bronnen mit zwanzig Jahren oder auch mit neunzehn die drei Pubertätsakte vom Kampf der Jugend gegen die verfallene Schule und die nicht minder unbehagliche Elternschaft zusammenträumte, war er, was er heute noch immer ist: ein Rebell, der für die Freiheit des Unterleibes schrie und stritt. Die Freiheit des Geistes kümmerte ihn weniger. Wenn die Gymnasialisten und die höheren Löhler die Sache ihres schon ziemlich angebeizten Blutes erledigt haben, können sie, wie Bronnen meint, zufrieden sein und aufhören würde die Welt des Leidens. Fängt sie auch im alten Kampf gegen die Schulmeister und den biden Papa an, sie braucht eigentlich nicht hinauszutommen über dieses bißchen trotzdem sehr ernst genommenen Sexualitätsschwandel. Die Jungen wollen bei Bronnen nicht alt werden, sie toben ständig auf der Trommel ihrer Lebensbeichte, um ihre geniale Reifezeit zu manifestieren. Sie sind borniert und blöde infolge dieser Krankheit. Sie können nicht reif werden. Sie können keine Menschen werden. Bronnen, der ihnen solches Schicksal gibt, und auch in einem halben Dugend Dramen, die diesem ersten Drama folgten, kein anderes Schicksal zu geben vermochte, war und bleibt ein Kopf, der von diesen Gedanken angehängt ist. Er bleibt ein Kopf ohne Moral, nur ein Kopf mit Karotten.

So liegt kein Grund vor, sich noch über die ständig wachsende Rückständigkeit dieses voluminösen Dramatikers, der entzündend unreif begann, aber schon bedrückend unreif verendet, besonders aufzuregen. Er hat sich selber nicht weiterbringen können. Er bringt auch seinen Nebenmenschen nicht weiter. Er blüht sich selber und will auch uns blühen. Wir wollen uns nicht blühen lassen, und haben kaum noch etwas mit ihm zu tun.

Befehlndigt werde ihm nur, daß er die Auftritte der in Pubertät mimmernden Jungen und Mädchen in diesem zehn Jahr alten, in diesem um dreißig Jahre veralteten Drama, ganz tüchtig auspufft. Gerade die Ungelenkheit des Geredeten und die überflutende Wortdröbheit und das Drum und Dran des psychiatrisch Verdächtigen, hätten vor zehn Jahren, da Händelsober die Einflucht der Sohnes- und Vatertragödien überströmten ließ, aufregen und ein großes Talent betunden können. Heute, da diese geistige Brutalität wieder gewaltig aufgetan wird, scheint sie eine arbeitslose Sämerei. Das Theater, das uns heute angehen sollte, wird nicht bereichern.

Auf der Bühne stehen in Klumpen die Gymnasialisten und die höheren Löhler. Die Mädels sagen, daß sie bereit sind, sich zu verheiraten, die Jungen rufen, da sie bereit sind zum Reimen und Eröbern. Darum ist beiden Geschlechtern die Schule unsympathisch, auch der verständige Lehrer, der mit ihnen fühlt, noch unsympathischer ist ihnen der läppische Schuldirektor und der alte Kröll, der Repräsentant der strengen Elterngucht. Also Krach, Schlägerstreik, Ent-

larung, Zustand, Wutgeheul, Haßgefang, wenn der Vorhang zum letzten Male fällt. So geschieht die Geburt der Jugend.

Ebenso ließe sich sagen, daß diese Jugend, die derart nach Webedind zum Frühling erwachte — unselbständig, mit aufgepufferten Fläusen und leerer Wichtigtuerei schon tot sein mußte, ehe sie geboren wurde. Es ist kein Grund vorhanden, Bronnen böse zu sein. Sein Verdienst war es immerhin, daß er so ausführlich zu dichten begann. Es war kein Verdienst der jungen Bühne, Hebamme bei dieser entsetzlich verspäteten Geburt der Jugend zu sein. Obwohl der ursprüngliche begeisterte Regisseur für die endgültige Aufführung die Verantwortung übernahm und diesen Trauersfall durch einen Prolog verkünden ließ, muß die Brauchheit der Vorstellung gelobt werden. Ein Rudel Bäckische, die hübsch sind und begehrlische Glieder dehnen, und Jungen, denen der Schädel beim Büffeln braust und überbraust, müssen ja auch gewinnen.

Die Gemeinde klatschte fromm und fanatisch Beifall. Die Gemeinde sah besonders im höchsten Olymp, nahe den lustigen, leider unzugänglichen Kulen. Das Parkett prügelte sich nicht, wie man prophezeit, befürchtet und sogar gehofft hatte.

Max Hochdorf.

Die größten Bibliotheken.

Deutschland kann zwar den Ehrennamen des „Landes der Bibliotheken“ noch immer in Anspruch nehmen, weil es das wissenschaftlich am besten durchorganisierte Bibliothekswesen besitzt, aber an Größe und Zahl der Büchereien steht es hinter anderen Ländern zurück, wie die Zusammenstellungen von Dr. Hans Praesent über das ausländische Bibliothekswesen in der „Umschau“ zeigen. Die größte, und jedenfalls an alten Kostbarkeiten wertvollste Bibliothek, zugleich eine der ältesten, nennt Frankreich sein Eigen; es ist die Pariser Bibliothek Nationale, die über 4 Millionen Bände enthält. In der Verwaltung und Benutzbarkeit ist sie aber recht rückständig und z. B. nur von 9—4 Uhr geöffnet, während die Preussische Staatsbibliothek und die Deutsche Bücherei von 9 bis 9 Uhr offen sind. Ist so das französische Bibliothekswesen im Technischen sehr zurückgefallen, so steht das amerikanische in dieser Beziehung zweifellos an erster Stelle. Die Bibliothekare der Vereinigten Staaten wettern miteinander darin, in wenigen Minuten dem Besucher jedes Buch zur Verfügung zu stellen, und verfügen über gewaltige Mittel, die ihnen eine großartige Ausgestaltung der Büchereien gestatten. Die größte nordamerikanische Bibliothek und wohl schon die zweitgrößte der Welt ist die Kongress-Bibliothek in Washington, die Mitte 1924 3 170 000 Bände besaß, einen jährlichen Zuwachs von 90 000 Bänden und eine jährliche Besucherzahl von über 1 Million hat.

Die größte englische Bibliothek, die heute ebenfalls über 3 Millionen Bände zählt, ist die des Britischen Museums in London, die durch ihre reichen einzigartigen Bestände berühmt ist und in dem riesigen Kuppelsaal eine Handbibliothek von 60 000 Bänden dem Benutzer darbietet. Auf der Iberischen Halbinsel leiden die Bibliotheken unter der allgemeinen Rück-

ständigkeit des Bildungswesens; nur die Bibliothek de Catalogna in Barcelona macht eine rühmliche Ausnahme. Auch die italienischen Bibliotheken sind noch ziemlich rückständig, dagegen sind jetzt in Rußland durch das Zusammenlegen der Büchereien riesenbibliotheken in Moskau, Petersburg und Kiew entstanden. Unter den 15 Bibliotheken der Welt, die jede über 1 Million Bände besitzen, befinden sich 6 in den Vereinigten Staaten, 12 in Deutschland, Oesterreich und Frankreich, je 1 in England, Rußland und Spanien. An Zahl der bedeutenderen Bibliotheken und an Bändezahl steht aber Deutschland mit 160 großen Büchereien und 29 502 000 Bänden in Europa immer noch an der Spitze; dann folgen Frankreich mit 111 großen Büchereien und 19 885 000 Bänden und Großbritannien mit 101 großen Bibliotheken und 17 061 000 Bänden.

Eine Dugendopereette. Das Theater in der Kommandantenstraße stellte am Sonnabend mit der Erstausführung der „Blonden Mädels“ die interessante Frage zur Diskussion, ob ein alter Schwank besser wird, wenn man ihn mit Musik versehen. Es machte in diesem Fall keine Schwierigkeiten, sie zu beantworten. Schon vor Jahren sind die „Blonden Mädels vom Lindenhof“ des Georg Dantonski nicht sehr kurzweilig gewesen. Jetzt hat Viktor Corzilius die abgetastete Posse mit seiner Musik verbrämt und damit aus ihr eine vierstündige Operette gemacht. Diese Musik hat keine Originalität, keinen Schmitz und keine einprägnanten Melodien. Sie besteht kurz gesagt aus schmaltzigen Tiraden mit verschwenderisch eingestreuten Tschingelwundern-Motiven. Wie man sich denken kann, ist durch die musikalische Gratizugabe der Schwank nicht begehrenswerter geworden, der mit ältesten und billigsten Mitteln und mit mühsam aus allen Ecken zusammengekauften Witzchen Volksstückhumor zu gestalten sucht. Es fehlt auch nicht — da lieber Himmel — der verkappte Baron, der unwiderstehliche Schwermünder. Während er es zu sehen, wie sich alles Mühe gab, um jeden Preis Stimmung zu entzünden und wie ein Bihwori nach dem anderen käsigly verpuffte. Genau so altmodisch wie die ganze Operette war die Inszenierung. Der Hauptdarsteller und Regisseur sprach und sang meist unmotiviert und befallsstrebend ins Publikum hinein. Die Tanznummern waren an den Haaren herbeigezerrt. Aus der Darstellerschaft ragte nur der Baron des Camille Hammes heraus, der über anprechende Routine und ein sympatisches Organ verfügt. Dgr.

Volkshöhle. August Straub spielt am 16. d. M. zum letzten Male in diesem Jahre die Rolle der „Vergil“ im „Raufmann von Venedig“. Schluß: Niemand der Gnade.

Die Anstaltskommission des deutschen Orceum-Klub, Platz 8, veranstaltet in den oberen Räumen vom 13 bis 22. Dezember eine Weihnachtsausstellung, die Kanarecke, Graphische Kleinplastik und einas Kunstgewerbe umfaßt. Täglich geöffnet von 11 bis 6 Uhr.

In der Hochschule für Musik findet Dienstag 8 Uhr das 3. Abonnementskonzert der Brudner-Vereinigung mit Feig W. Schö als Dirigenten, Fritz Amati-Gebopp als Solist statt.

Eine ukrainische Uebersicht in Lemberg. Das polnische Unterrichtsministerium beendete die seit langem geführten Unterhandlungen mit den ukrainischen Gelehrten. Als Ergebnis wird in nächster Zukunft zu der Gründung einer ukrainischen Universität in Lemberg geschlossen werden.

Eine Kundgebung des Reichsbanners.

Gautofereuz Hamburg-Bremen-Hannover - Ansprachen Langens und Hörings.

Bremen, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Gau Hamburg-Bremen-Nordhannover des Reichsbanners hielt hier eine Gautofereuz ab, die am Sonnabendabend ein impetuoseres Gedeihen einleitete. Auf der Gautofereuz am Sonntag nahm Ministerpräsident a. D. Langens das Wort, um auf den Ernst der Lage hinzuweisen, die dadurch verschärft werde, daß die Republik nur über die in republikanischer Hinsicht unzuverlässige Reichswehr verfüge. Wir müßten verlangen, daß die von uns aufgestellten und von uns bezahlten Truppen sich bei jeder öffentlichen Gelegenheit offen und klar zur Republik bekennen.

Auch der Bundespräsident Höring ergriff das Wort und befaßte sich mit den Zuständen in der Reichswehr, die für einen Republikaner fast entmutigend seien. Höring führte u. a. aus, es müsse vor allem an der Spitze der Reichswehr ein Mann stehen, der nicht verhandelt, sondern befehlt. Der Nachfolger Gehler müsse den Mut haben, zu befehlen und zu verlangen, daß die Divisionsstäbe der Reichswehr aufhörten, Vorlesersekretariate der Deutschen Nationalen Volkspartei zu sein. (Lebhafter Beifall.) Um die sonderbaren Zustände in der Justiz zu bekämpfen, empfahl Höring die weitestgehende Verbreitung aller der von deutschen Gerichten gefällten unerhörten politischen Urteile. Zu den Hindenburg-Empfängen aus Anlaß des Besuchs des Reichspräsidenten bei den Ländern führte Höring aus, daß es das gute Recht der organisierten Republikaner sei, den Präsidenten der Republik mit den Reichsforsten zu begründen. Wenn die Nationalisten aus Hindenburg einen schwarzweißen Reichspräsidenten machen wollten, hätte das Reichsbanner keine Veranlassung, sich an solchen Empfängen zu beteiligen. Den Mitgliedern des Reichsbanners legte er dringend ans Herz, sich den republikanischen Parteien und den auf republikanischem Boden stehenden Gewerkschaften anzuschließen. Nur starke republikanische Parteien, starke republikanische Gewerkschaften und das Reichsbanner seien eine Gewähr für den Bestand der Republik. Die Gautofereuz nahm einstimmig eine Entschließung an, in welcher die geplante Millionabfindung der Fürstendhäuser aufs schärfste verurteilt wird, da sie in krassem Widerspruch zu der augenblicklichen Not des deutschen Volkes und zu der noch immer zunehmenden Arbeitslosigkeit in Deutschland stehe.

Reichswehr und Republik.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ teilt mit: In Baugen wurde kürzlich Generalmajor a. D. Straube in Anwesenheit sämtlicher Militärvereine, monarchistischer und Stahlhelmverbände, sowie der Baugener Reichswehrgarnison feierlich beerdigt. Dabei führte Pastor Berg u. a. aus: „Der bitterste Tag seines Lebens war der, als unser Volk selbst seinem Heere das Schwert zerbrach und seinen blauen Ehrenschild beschmutzte. Er hat der neuen Zeit keine Konzeptionen gemacht und ist nicht unter die Schwankenden Gestalten gegangen.“ Der Stahlhelm-Pastor von Baugen erdriekt sich also, die zu seiner Trauerrede dienlich kommandierten Offiziere der Wehrmacht als „Schwankende Gestalten“ und das deutsche Volk als eine Nation zu beschimpfen, die „das blaue Ehrenschild des tapfersten Heeres der ganzen Welt beschmutzt“ habe. Vielleicht wird Herr Gehler durch den Standortältesten von Baugen mit dem Stahlhelm-Pastor noch kurze Rücksprache nehmen.

Die Türken verständigungsbereit.

Wirtschaftsvertrag, Demobilisierung, Garantiepakt verlangt und angeboten.

Paris, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der türkische Außenminister Tewfik Ruzhdi Bey ist am Sonntag von Genf in Paris eingetroffen und am Abend wieder nach Genf zurückgefahren. Er hat erklärt, daß seine Reise keinerlei politische Ziele verfolgt, sondern lediglich dem Besuch des hiesigen türkischen Botschafters gelten habe. Zur Situation erklärte der Minister, daß die Türkei zu einer Teilung des Vilajets von Mossul bereit sei, daß sie aber als Ausgleich für die Abtretung ihrer Rechte auf dieses Gebiet und im Interesse der Bevölkerung den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages mit Irak-England sowie die Demobilisierung des in Frage stehenden Gebiets durch England verlange. Die Türkei selbst sei bereit, die ihr zugesprochene Zone ebenfalls zu demobilisieren und eine Art Garantiepakt zu schließen, dem auch andere Mächte beitreten könnten.

England lehnt ab?

Paris, 14. Dezember. (TU.) Genfer Meldungen, die durch Naps bestätigt werden, besagen, daß die Türken durch Vermittlung Briand dem Völkerbundsekretariat folgende Vorschläge zur Regelung der Mossulfrage unterbreiteten: 1. Abtretung des südwestlichen Zipfels am Euphrat an den Irak, 2. Abstimmung im gesamten strittigen Gebiet. Die Türken kamen des weiteren auf ihren bereits im September gemachten Vorschlag zurück, der darin besteht, daß England, Persien und der Irak einerseits und die Türkei andererseits einen Handels- und Sicherheitsvertrag abschließen. Chamberlain hat erklärt, daß er diesen Vermittlungsvorschlag nicht zur Kenntnis nehmen könne.

Aus der Partei.

40 Jahre Brüsseler „Peuple“.

Anläßlich ihres vierzigjährigen Bestehens gab am 13. Dezember das Zentralorgan der Belgischen Arbeiterpartei, „Le Peuple“, eine Festschrift heraus. Unser Brüsseler Bruderblatt gehört zu den bestgeleiteten und ausgestatteten Arbeiterzeitungen Europas, wie überhaupt die belgische Sozialistenpartei auf allen Gebieten der proletarischen Bewegung hoch entwickelt ist. Der mächtige Aufschwung des belgischen Sozialismus, für den die Entwicklung des „Peuple“ einen konkreten Beweis bietet, berechtigt zu der Hoffnung, daß der Sozialismus innerhalb der nächsten vierzig Jahre auf der ganzen Linie triumphieren wird, nicht nur in Belgien.

Eine sozialistische Monatschrift in Frankreich.

Dieser Tage erschien die erste Nummer der „Neuen Sozialistischen Revue“ (la nouvelle revue socialiste), die von Strauß und Grossard herausgegeben wird und die die Tradition des längst eingegangenen „Revue Socialiste“ wieder aufnehmen will. In dem Redaktionskomitee sind alle Richtungen unserer französischen Bruderpartei vertreten. Die erste Nummer bringt zahlreiche Aufsätze führender Genossen aus der französischen Partei und der Internationale, u. a. einen Artikel von Longuet über „Die S. U. A. und ihr Kongreß in Marseille“, von Breitscheid über „Locarno und die deutsche Politik“, von Gémier über „Die Internationale des Theaters“, von Tony Sender über den Heibelberger Parteitag usw. Zahlreiche andere Beiträge über alle Zweige der Arbeiterbewegung und des geistigen Schaffens, sowie köstliche Zeichnungen des hervorragenden politischen Karikaturisten Gasser vervollständigen den Inhalt dieser ausgezeichneten Monatschrift, der man nur die größte Verbreitung wünschen kann. Ihr Preis (3 Fr. 50 = etwa 70 Pf.) dürfte es manchem französischsprachenden deutschen Parteigenossen ermöglichen, diese Revue zu halten. Adresse: Paris, 9 rue de la Patrie, 1.

Silberner Sonntag.

Die Gewerkschaften, welche an der organisatorischen Erfassung der in den Warenhäusern und Einzelhandelsgeschäften tätigen Angestellten und Arbeiter beteiligt sind, in erster Linie der Verkehrs- und der Zentralverband der Angestellten, haben sich mit aller Schärfe gegen die besonderen Bestimmungen für die Offenhaltung von Geschäften an den Sonntagen vor den Feiertagen ausgesprochen. Sie motivieren diese Stellungnahme damit, daß diese Offenhaltung eine starke Inanspruchnahme der Angestellten bedeutet, auf der anderen Seite aber den Geschäften nicht den Nutzen bringe, der erhofft wird, da der größte Teil des Publikums, der an diesen Sonntagen in die Geschäfte geht, nicht kauft, sondern sich nur zum Schauen einstellt. Gestern konnte man wieder eine Bestätigung dieser Ansicht erhalten. Es waren eine Unmenge Menschen, auf den Hauptverkehrsstraßen, in der Leipziger Straße, in der Königsstraße, in der Lauenburgerstraße, auf den Beinen. In Vorfrage des vergrößerten Verkehrs hatte die Schupo in diesen Straßen ihre Mannschaften verstärkt; denn im vorigen Jahre mußten beinahe einige Warenhäuser wegen allzu starken Andranges geschlossen werden. Der Verkehr konzentrierte sich, wie üblich, auf den Mittelpunkt der Stadt. Dagegen war es an der Peripherie und in den Nebenstraßen sehr ruhig. Man kann nun durchaus nicht behaupten, daß dem Andrang des Publikums der Umsatz entsprochen hätte. Heute sind die großen Massen weniger denn je imstande, große Einkäufe zu Weihnachten zu machen. Entlassungen finden überall statt. Und selbst diejenigen, die noch ohne Kündigung ihren Arbeitsplatz einnehmen, können sich keine Extrazuschüsse leisten. Die Luxusartikelgeschäfte konnten bei dieser Sachlage naturgemäß überhaupt keine Umsätze erzielen. Besser schon war es bei den Geschäften, die Gebrauchsgüter führen, Kleidung, besonders wollene Winterkleidung, Strümpfe, Tricotagen, wollene Westen, Mäntel, aber alles in den billigeren Preislagen, wurde umgesetzt. An den Spielwarenlagern drängten sich die Massen, allerdings ohne viel zu kaufen. Die Geschäftswelt hat nur geringe Hoffnungen auf das diesjährige Weihnachtsgeschäft gesetzt. Aber selbst diese dürften bei einer Zahl von 120 000 Arbeitslosen in Berlin und einem halben Millionen im Reich zu schanden werden.

Die verlorenen Postfächer.

Eine Reihe seltsamer Zufälle.

Gestern vormittag fand am dem Lehrter Bahnhof in Gegenwart von Vertretern der Post und der Kriminalpolizei eine Besichtigung des Packwagens statt, in dem am Freitagabend die beiden auf der Strecke Berlin-Hamburg verlorengegangenen Postwertbeuteln befördert wurden. Die Untersuchung ergab zweifellos, daß ein beachtlicher Postraub nicht vorliegen hat; es hat sich vielmehr um ein Zusammenreffen verschiedener unglücklicher Zufälle gehandelt. Das Abteil, in dem die Säcke mit den eingeschriebenen und gemündelten Postsendungen befördert werden, das sogenannte Bufferabteil, hat stark vergitterte Fenster und durch Ueberfallriegel gesicherte Türen. Der Unglückswagen, der im Jahre 1908 die Werkstatt verließ, hat an der Tür nur einen seitlichen Ueberfallriegel, während die neueren Wagen außerdem noch einen zentralen Türriegel besitzen. Bevor man mit der Ladung des Wagens begann, wurde der Ueberfallriegel geschlossen und eine genaue Kontrolle des Wageninneren vorgenommen. Nach der Verpackung der Sendungen verließen die Beamten den Wagen auf der entgegengesetzten Seite und plombierten diese Tür dann von außen. Der F.D.-Zug, der schnellste Zug Deutschlands, der teilweise mit einer Stundengeschwindigkeit von 110 Kilometern fährt, ist naturgemäß großen Erschütterungen ausgesetzt. Infolge dieser Stöße muß einer der schweren Postfächer umgekippt sein und dabei den Riegel zurückgeschlagen haben. Die Tür, die nun nicht mehr gesichert war, öffnete sich selbstständig in einer Kurve und die Beutel fielen heraus. Nachdem der Gegendruck auf die Tür nachgelassen hatte, hat sich diese, wieder in einer Kurve, selbstständig geschlossen, so daß der Wagen scheinbar unverfehrt in Hamburg ankam. — Vielleicht veranlaßt dieser Vorfall die Techniker zu einer Umgestaltung der als mangelhaft erwiesenen Sicherheitsvorrichtungen.

Die Gefahren des Autoverkehrs.

Die Klagen über Gefährdung durch übermäßig schnell fahrende Autos richten sich hauptsächlich gegen Privatautos. Man weiß ja, daß diejenigen Leute, die am meisten Zeit haben, in der Regel so tun, wie wenn sie gar keine Zeit verlieren dürfen. Die Herrschaften, die ihre Chauffeurs zu rücksichtslosem Drauflosfahren zwingen und dann bei Unfällen die strafrechtliche Verantwortung ihnen aufpacken lassen, müssen an ihrer empfindlichsten Stelle, am Portemonnaie, gefaßt werden. Das beweist der folgende in der Berliner Stadtverordnetenversammlung eingebrachte Antrag: „Die Zunahme des Automobilverkehrs hat die Gefahren, denen die großstädtische Bevölkerung, insbesondere die Bevölkerung Berlins, ausgesetzt ist, erheblich vergrößert. Der durch die neuerliche Gesetzgebung noch herabgesetzte Umfang der gesetzlichen Haftpflicht der Automobilhalter ist daher für die Berliner Bevölkerung besonders unerträglich. Wir beantragen deshalb: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei den gesetzgebenden Instanzen des Reiches auf eine Erhöhung der in dem Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vorgesehenen Haftsumme hinzuwirken.“

Zur Entlastung der Leipziger Straße.

Von den Vorschlägen, die zur Entlastung der Leipziger Straße, des Hauptverkehrsweges von Ost nach West, seit langem gemacht worden sind, geht einer jetzt seiner Verwirklichung entgegen. Geplant ist ein südlicher Entlastungsstrassenzug, der durch die Kochstraße über den Park des Albrechtspalais durch die Schöneberger Straße und später unter dem Eisenbahngeleise hinweg zur Kurfürstentrafé geführt werden soll. Dazu muß aber die Ecke an der Wilhelm- und der Anhalterstraße vermieden und ein möglichst gradliniger Strassenzug von der Kochstraße hinüber zum Anhalterischen Platz angelegt werden. Der Magistrat beauftragt bei der Stadtverordnetenversammlung den Ankauf eines 9359 Quadratmeter großen Parzellens, den die prinzipalen Besitzer nicht billiger als für 3 Millionen Mark hergeben wollen. Nach Durchlegung der Straße wird von dem angekauften Parzellens ein 2319 Quadratmeter großes Reststück an der Anhalter Straße bleiben, das der Magistrat als Bauland weiterverkaufen will.

Die Weihnachtsschau der Arbeiterjugend.

Alljährlich wird das im „Vorwärts“-Haus befindliche Heim der Arbeiterjugend einer Verwandlung unterzogen. Von fleißigen Händen geschaffen entsteht die Weihnachtsschau der größten proletarischen Jugendorganisation Berlins, der „Sozialistischen Arbeiterjugend“. Nach Tagen angestrengter Tätigkeit wurde das Werk durch eine kleine Feier getönt, die am Sonnabend stattfand. Die eigentliche Eröffnung folgte gestern. Den weitaus größten Raum beanspruchten die Bücherstände. Gleich am Eingang laßt das „Antiquariat“ zum Kauf billiger Bücher ein und gerade hier sammelten sich in der Zeit der Wirtschaftskrise schon am ersten Tage die meisten Besucher, die mit dem Wunsch gekommen waren, ihren Lieben gute Geschenke für das Fest zu beschaffen. Die Arbeiterjugend, die sonst in Fabriken und Kontoren und wo es immer sei, schafft, hat sich freiwillig in den Dienst der Ausstellung gestellt. Schöne Literatur, Partei-, Gewerkschafts- und Jugendchriften sind in Menge ausgefächelt, dazu kommen Radierungen und Keramiken,

die ein freundlich belebtes Bild schaffen. Für den, der wandern will, gibt es all die herrlichen Dinge, ohne die man weitere Fabriken heute nur noch ungern antritt, von der Wanderkleidung bis zur Kochausrüstung. „Für das Kind“ gibt es neben Büchern zahlreiche Spiele, auch Spiele für die Großen sind zu sehen. Ein Stand mit Musikinstrumenten, wie Lauten und Mandolinen vervollständigt die besichtigenswerte Ausstellung, die bis zum 23. Dezember täglich von 4 bis 9 Uhr geöffnet bleibt, nur am Sonntag, den 20. Dezember ist sie von 10 Uhr ab zugänglich.

Schützt die Mieter!

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung wird von der sozialdemokratischen Fraktion zum Protest gegen den drohenden Abbau des Mieterschutzes aufgerufen. Unsere Genossen haben folgenden Antrag eingebracht: „Trotzdem bereits das geltende Mieterschutzgesetz teilweise keinen ausreichenden Schutz gewährt, hat die Reichsregierung dem Reichsrat einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Mieterschutzgesetzes vorgelegt, durch dessen Annahme der Mieterschutz noch weiter abgebaut und die großstädtische Bevölkerung noch in höherem Maße der Gefahr der Obdachlosigkeit ausgesetzt werden würde. Die Stadtverordnetenversammlung protestiert gegen diese Gesetzesvorlage und ersucht den Magistrat, diesen Protest zur Kenntnis der gesetzgebenden Instanzen zu bringen.“

Der geheimnisvolle Freiballon.

Die Ballonhülle auf dem Felde.

Am Sonntagvormittag wurde auf einem freien Felde in der Nähe der Chaussee zwischen Lindenberglund und Malchow von Automobilisten eine große gelbe Ballonhülle aufgefunden. Die Hülle, die mit dem Neg versehen war, und verschiedene Beschädigungen aufwies, trägt den Namen „Julda“. Die Finder schafften die etwa 3 Zentner schwere Ballonhülle, deren Gondel fehlte, mit ihrem Auto nach der Polizeiwache in Malchow, wo sie aufbewahrt wurde. Es wurden von den diensthabenden Beamten der Polizeiwache sofort Nachforschungen in der Umgebung der Fundstelle gemacht, die jedoch ohne Erfolg blieben. Man benachrichtigte sodann die Luftüberwachungsstelle in Adlershof, die gleichfalls sofort ihre Ermittlungen aufnahm. Im Laufe des heutigen Vormittags wurde die Ballonhülle von einem Sachverständigen besichtigt, dieser hat bereits festgestellt, daß es sich bei dem Ballon „Julda“ um ein unbekanntes Luftfahrzeug handelt, das in den Listen des Luftfahrerverbandes nicht geführt wird. Man neigt in Sachverständigenkreisen zu der Ansicht, daß es sich nicht um einen Unfall eines mit Passagieren beladenen Ballons handeln dürfte, sondern daß sich das Luftfahrzeug höchstwahrscheinlich beim Füllen losgerissen hat und ohne Besatzung den Weg durch die Lüfte angetrieben hat, bis es schließlich an der Fundstelle niedergegangen ist. Auch der telephonische Anruf in Julda, dessen Namen der Ballon trägt, hat ergeben, daß dort ein Luftfahrzeug gleichen Namens nicht bekannt ist. Die Nachforschungen werden aber von der Luftüberwachungsstelle noch fortgesetzt werden, und es ist möglich, daß durch die heute erfolgende Besichtigung der Hülle nähere Aufschlüsse über die Heimatsstation des Ballons erfolgen werden.

Kommunistendemonstration im Lustgarten. Die Kommunistische Partei veranstaltete gestern mittag gemeinsam mit dem Roten Frontkämpferbund eine Demonstration gegen die Hohenzollernforderungen und gegen die Ablehnung einer ausreichenden Erwerbslosenunterstützung. Die Roten Frontkämpfer traten an der Schloßfreiheit an, während sich die anderen Demonstranten um das Denkmäl und die Granitstühle im Lustgarten sammelten. Außer Thälmann, Hoernle und Lorange sprachen mehrere meist unbekannte Redner; die angelegten großen Kanonen blieben der Veranstaltung fern. Die eigentliche Demonstration war in etwa 20 Minuten vorbei. Die Teilnehmer verließen sich sehr schnell wieder, nur die Roten Frontkämpfer marschierten noch einige Male um den Platz herum, ehe sie abzogen. Die Veranstaltung verlief ohne Störung, die Polizei fand keinen Anlaß zum Einschreiten.

Ein Weihnachtspiel wird am 16. und 18. Dezember, abends 8 Uhr, vom Luisenstädtischen Gymnasium (Wilhelmstr. 49, Untergrundbahn Nordring; Stadtbahnhof Schönhauser Allee, Straßenbahnlinien 2, 13, 47, 48, 49, 51, 57, 63, 147) veranstaltet. Schillerinnen des Margareten-Lyzeums beteiligen sich daran. Zur Aufführung kommen klassische Sittenstücke. Der Ertrag ist für die Antwerpeler bestimmt.

Freunde der internationalen Kleinarbeit. Mittwoch, den 16. Dezember, 8 Uhr: Zusammenkunft im „Vorwärts“-Haus (juristischesprechzimmer). Wege der internationalen Verbrüderung. Referent: Viktor Schiff.

Achtung Jugendherde! Der nächste Übungsabend kann erst am Montag, den 4. Januar 1926, stattfinden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Kreis Berlin. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
15. Kreis Charlottenburg. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
16. Kreis Prenzlauer Berg. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
17. Kreis Mitte. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
18. Kreis Westend. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
19. Kreis Tempelhof. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
20. Kreis Neukölln. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
21. Kreis Köpenick. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
22. Kreis Spandau. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
23. Kreis Hagenow. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
24. Kreis Ostprignitz-Ruppin. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
25. Kreis Havelland. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
26. Kreis Uckermark. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
27. Kreis Ostvorpommern. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
28. Kreis Vorpommern-Rügen. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
29. Kreis Mecklenburg-Vorpommern. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
30. Kreis Mecklenburg-Strelitz. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
31. Kreis Mecklenburgische Seenplatte. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
32. Kreis Mecklenburgische Nordsee. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
33. Kreis Mecklenburgische Westsee. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
34. Kreis Mecklenburgische Ostsee. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
35. Kreis Mecklenburgische Inseln. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
36. Kreis Mecklenburgische Küste. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
37. Kreis Mecklenburgische Bucht. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
38. Kreis Mecklenburgische See. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
39. Kreis Mecklenburgische Inseln. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.
40. Kreis Mecklenburgische Küste. Bezirks-Monatsabend am 14. d. M. im Roten Rathaus, 8 Uhr.

In der „Neuen Welt“, Hagenow, ist bei der öffentlichen Kundgebung am Dienstag, den 8. Dezember, ein Damentag gefeiert worden. Auswachen bei Frau Lina Müller, Roperstr. 24. Off. 3 Fr.

Jugendveranstaltungen.

Gruppe Wobbit II: Wobbit, Dienstag, den 13. d. M., im Friedrich-Werderschen Gymnasium, Wobbitstr. 10. Weihnachtsfeier; Besuchen aus Regiotionen, Musik, Fiebern zur Leute, Postkarten und einem Jugendspiel. Treffpunkt: Gen. Dr. Hilberich Wobbitstr. Rufung 1/8 Uhr. Parteiernossen und -genossinnen sind eingeladen.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Sonntag, den 13. Dezember.

1. Rennen. 1. Terraria (G. W. W.), 2. Chrono, 3. Rector I. Toto: 33: 10. Platz: 21, 29, 30: 10. Ferner liefen: Peter H., Arbeiter, Marienspieler, Kreuzritter, Gubadbad, Quitta B., Armenier, Sonntagsspring, Barasti, Kronenberr, Kibel, Jarmelle, Kallst, Edelmann G., Arbeit, Strumelbeier, Ratsla, Dillmann.
2. Rennen. 1. Königshaber (G. Lautenberg), 2. Rasthain Galle, 3. The Rilly. Toto: 61: 10. Platz: 17, 14, 21: 10. Ferner liefen: Genuß, Kronprinz I., Corona, K. Kinnel, Veffie, Kowul, Langemann, Karna, Doris, Lodung, Bedra.
3. Rennen. 1. Abteilung: 1. Juneeal (Winkelmann), 2. Grassi, 3. Gory B. Toto: 87: 10. Platz: 19, 44, 22: 10. Ferner liefen: Friedrich Rex, Fritz Bolter, Kallkönigin I, Benz I, Mona B., Klud, Anterferst, Ballst, Francisco.
4. Abteilung: 1. Elapellau (B. Brandt), 2. Luera, 3. Hohenfenne. Toto: 25: 10. Platz: 16, 24, 24: 10. Ferner liefen: Dante, Wainden, Weinmige, Lisko, Sodian, Unheil, Alpenier, Odrfa.
5. Rennen. 1. Baron Vignort (A. Wille), 2. Simbiba, 3. Kammerlänger. Toto: 85: 10. Platz: 17, 32, 33: 10. Ferner liefen: Petman, Treedon Werts, Silbermunde, Goo Solo, Paula Dingen, Koranna, Margot I.
6. Rennen. 1. Ammertrub (A. Treubler jr.), 2. Waidbruder, 3. Feuerweh. Toto: 201: 10. Platz: 54, 17, 17: 10. Ferner liefen: Baron Alalamb, Rittschlor, Progrek, Armarth A., Trotteur.
7. Rennen. 1. Kaiser (Herm. Schuler), 2. Rodemeister, 3. Gabiac Wymorha. Toto: 43: 10. Platz: 14, 18, 14: 10. Ferner liefen: Tom-Hoch I., Veronek Opla, Altköde, Angvik.
8. Rennen. 1. Della (Glozwann), 2. Ballonkönigin, 3. Wasserlauf. Toto: 30: 10. Platz: 17, 16, 28: 10. Ferner liefen: Clara, Welfe, Orestes jr., Alpenier, Waffamer, Gresselt.

Bewegungsbewegung

Die Saararbeiter Opfer der Frankflation.

Saarbrücken, 10. Dezember. (Eigener Bericht.) Die gestrigen Lohnverhandlungen sind sowohl im Bergbau, als im Bau- und Gewerbe gescheitert. Die Bauunternehmer verlangen, daß zunächst die Arbeit in den bestreikten Betrieben bedingungslos aufgenommen wird, dann wollen sie die Absperrung aufheben und in Lohnverhandlungen eintreten. Diese Zumutung wurde von der Arbeiterschaft zurückgewiesen.

Nachdem die Verhandlungen über die Bühne im Bergbau an dem Verhalten der Bergwerksdirektion gescheitert sind, wurde der zuständige Minister, de Monzie, in Paris von den Arbeitervertretern telegraphisch in Kenntnis gesetzt. Selnem Versprechen gemäß, das er bei seinem Aufenthalt in Saarbrücken vor 8 Tagen den Organisationsleitungen gab, soll nunmehr in Paris vor dem Verwaltungsrat der Saargruben weiterverhandelt werden.

Die Zugeständnisse der Regierungskommission an die hungernden Staatsarbeiter, die sie in ihrer gestrigen Sitzung machte, sind äußerst dürftig. Der ganze Erfolg besteht darin, daß der vor einiger Zeit gemachte Kartoffelversuch niedergeschlagen wird. Mit den weiteren Lohnverhandlungen soll gewartet (!) werden, bis sich die Lage in der Industrie etwas gefährt hat und die Beratungen über die Beamtenehälter, die heute zwischen der Reichsregierung und der Regierungskommission in Baden-Baden stattfinden, abgeschlossen sind.

Daß die Regierungskommission sich an der reaktionären Lohnpolitik der Schwerindustrie orientieren will, ist sehr bezeichnend. Sie weiß, daß ihre Arbeiter hungern, und kennt auch genau den Schwermachergeist im Lager der Industrie, der sich neuerdings in der Ablehnung des Ergebnisses vor dem Schlichtungsausschuß äußert und besonders drastischen Ausdruck fand, als deren Ergebnis, Professor Lehmann, vor kurzem auf einer laarländischen Unternehmerversammlung die Gewerkschaftssekretäre als „berufsfremde Dritte“ bezeichnete.

Die Lage verschärft sich von Tag zu Tag. Am Sonntag fanden in allen großen Orten mächtige Demonstrationen statt, die freien Gewerkschaften, worin gegen die wirtschaftliche und soziale Reaktion im Saargebiet protestiert wurde.

Auf Antrag der Sozialdemokratie zahlt die Stadt Saarbrücken einen 50prozentigen Zuschuß zur Erwerbslosenunterstützung. Ueber die ebenfalls von unserer Partei beantragte umentgeltliche Versorgung der Erwerbslosen mit Kohlen, Brot und Kartoffeln durch die Stadt, soll in den nächsten Tagen verhandelt werden.

Bei den Lebensmittel- und Getränkearbeitern.

Fortsetzung der Generalversammlung.

Am Sonntag wurde in den Residenzräumen die am 15. November verlassene Generalversammlung der Lebensmittel- und Getränkearbeiter fortgesetzt. Einleitend gab Genosse Wollenberg von der Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte einen kurzen Ueberblick über das Wesen und den Wert dieser reinen Arbeitergründung.

Darauf gab Fischer vom Hauptvorstand den Bericht vom letzten Verbandstag in Augsburg. In der Diskussion konnten es sich die kommunistischen Redner genau wie in der vorigen Generalversammlung nicht verlagern. Kritiken gegen die Gehälter der Verbandsgestellten zu reiten. Trotzdem Jungmann und Schmitz von der Ortsverwaltung ihren „Arbeitgebern“ (die doch eigentlich

den Unternehmern ein Vorbild sein sollten) nachwies, daß ihr Gehalt & B. bedeutend niedriger ist als das eines Hausdieners oder einer Stenotypistin in der russischen Handelsgesellschaft, wurde weiter „Opposition“ gemacht. Da die Zeit wieder stark vorgeschritten war, wurde die Generalversammlung abermals verlagert. Es fand nach folgender Beschlus der erweiterten Ortsversammlung die Zustimmung der Generalversammlung:

Auch in diesem Jahre erhalten die arbeitslosen Mitglieder eine Weihnachtunterstützung. Sie beträgt nach einer Beitragsleistung und Mitgliedschaft von 13-32 Wochen 10 M., 33 bis 156 Wochen 20 M. und über 156 Wochen 30 M. Die Weihnachtunterstützung erhalten nur Mitglieder, die in der Zeit vom 1. bis einschließlich 20. Dezember nachweislich 12 Tage arbeitslos waren und ebenfalls nachweisen können, daß sie bei einem Arbeitsnachweis eingetragen sind. Invalide Mitglieder erhalten 30 M. Weihnachtunterstützung. Arbeitslose und invalide Mitglieder erhalten die Unterstützung nur, wenn das Verbandsbuch in Ordnung ist. Die Auszahlung der Unterstützung beginnt am 21. Dezember.

Betriebsratswahlen bei der Berliner Hochbahn.

Sieg der freigewerkschaftlichen Liste

In den am 8., 9. und 10. Dezember im Betriebe der Berliner Hochbahn erfolgten Betriebsratswahlen standen sich zwei Richtungen gegenüber. Auf der einen Seite standen die freien Gewerkschaften, diesen gegenüber die frühere quittgelbe Fachgruppe der Hochbahn, die jetzt unter der christlichen Flagge ihr Dasein fristet. Der Kampf wurde von diesen Leuten mit einem Vorgehen gegen die Gewerkschaften geführt. Sie scheuten sich auch keineswegs, die politischen Parteien in den Kampf mit hineinzuziehen. Eine Flut von Schmähschriften ergoß sich auf die Belegschaft. Die darin enthaltenen Argumente stammten aus dem deutschvölkischen Lager, das für die Parlamentswahlen eingerichtet ist. Trotz alledem siegte die freigewerkschaftliche Liste. Von 4681 Beschäftigten beteiligten sich an der Wahl 3351. Davon entfielen auf die freigewerkschaftliche Liste 2466 Stimmen, die Gegner erhielten 840 Stimmen.

Der Betriebsrat für das Jahr 1926 besteht aus 12 freigewerkschaftlichen Betriebsräten und 2 Ergänzungsgliedern und vier Betriebsräten der Fachgruppe. Die Liste der Fachgruppe verlor gegenüber dem Jahre 1925 325 Stimmen und damit 2 Sitze. Aufgabe des zukünftigen Betriebsrats ist es, das Ertrügnis auszubauen und zu befestigen.

Polizei und Behörden im Dienste der Unternehmer.

Groß-Kunzendorf, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Streit der schlesischen Marmorarbeiter in Groß-Kunzendorf und Oberpelau geht trotz aller Schikanen der Unternehmer und der Behörden unermüdet weiter. Die Arbeiterschaft ist darauf eingestellt, den Kampf über Weihnachten und den Jahreswechsel hinaus bis zur Erreichung angemessener Löhne durchzuführen, obwohl sie bereits jetzt 12 Wochen kämpft. Der Zugzug muß deshalb noch wie vor ferngehalten werden.

Die Dessenität dürfte Interesse daran haben, auch die neuesten Waffenschaffungen der Polizei und Behörden gegen die Streikenden kennen zu lernen. Die Polizei soll ein Organ des Volkes, das Werkzeug des Volkswillens sein. Demgegenüber müssen wir leider feststellen, daß die in Groß-Kunzendorf extra gegen die Streikenden stationierten Polizeitruppen, unter Außerachtlassung der Grenzschützen, in den tschechoslowakischen Grenzorten in Privat- und Gasthäusern nach Streikbrechern suchen gehen.

Streikposten von öffentlichen Wegen weg verhalten will, oder Streikenden die mit Genehmigung des Waldwärters gehackten Christbäume beschlagnahmten usw. Weil einige Streikende einen Streikbrecher „den Bürgermeister von Groß-Kunzendorf“ nannten, eine streikende Arbeiterin einen solchen Schädling der Arbeiterschaft „Schönen Kavalier“ bezeichnete, erstattet die Polizei Anzeige und sucht dafür die Streikleitung verantwortlich zu machen, bzw. die auf Grund von unzutreffenden eidesstattlichen Versicherungen erzielte „einseitige Verfügung“, die das Streikpostenausstellen verbietet, zu begründen.

Das tollste Stück leistete sich aber der Amtsvorsteher von Borkendorf, Kreis Reife, der einen Streikenden einfach als „lästigen Ausländer“ des Landes verweisen will unter Androhung von Geld- und Haftstrafen bis zur Abführung in ein Sammelager. All das geschieht nach unserer Ueberzeugung auf Betreiben der bestreikten Firma, deren Vertreter dieses schon vor dem Amtsgericht Ziegenhals antrug.

Der Metallarbeiterkampf in Quedlinburg.

Quedlinburg, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Vom Kampf in der Quedlinburger Metallindustrie ist zu berichten, daß unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Verhandlungen in Halberstadt geführt wurden, die sich jedoch zerschlugen, da die Metallindustriellen verlangten, daß die Metallarbeiter zu den alten Bedingungen wieder anfangen sollten. Einzelne Firmen haben ihre Agenten ins Land geschickt, um Arbeitswillige, besonders Former zu werben. Die Arbeiterpresse wird erlucht, davon Kenntnis zu nehmen, daß in Quedlinburg nach wie vor der Streik und die Absperrung andauert.

Zur Hebung der Kaufkraft der Verbraucher.

Duisburg, 14. Dezember. (Mit.) Der Allgemeine Arbeiterverband für die Rheinisch-Westfälische Industrie hat das geltende Lohn- und Gehaltsverkommen zum 31. Dezember 1925 gestündigt. Die Kündigung wird damit begründet, daß die bisherigen Lohn- und Gehaltszahlungen von der Rheinisch-Westfälischen Industrie nicht mehr getragen werden konnten. (Was soviel sagen will, als daß die Absatzkrise noch nicht groß genug ist.)

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten N.-O. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Fritz Schöner; Gewerkschaftsredaktion: J. Steiner; Redaktion: R. S. Köhler; Verlags- und Vertriebsleitung: J. Steiner; Anzeigen: H. Glöde; Vertrieb: J. Steiner; Druck: Verlags- und Vertriebsleitung; Druckerei: J. Steiner; Druckerei: J. Steiner; Druckerei: J. Steiner.

Emser Wasser (Kränchen) Pasillen-Quellsalz Schutzmärke gegen Katarhe, Grippe, Sodbrennen usw. Emsolich, das Beste für die Zähne. Hauptniederlage für Emser Kränchen in Berlin und Brandenburg: Brunnenvertriebsgesellschaft vormals Dr. M. Lehmann u. F. Heyl & Co., Berlin SW., Yorkstr. 50. Tel.: Hasenheide 3336-38, Merkur 5261-64.

Deutsches Theater
Die Komödie
Kreidekreis
von Kluband
Regie: M. Reinhardt

Kammerspiele
Städtische Oper
Sechs Personen suchen einen Autor
von Pirandello
Regie: M. Reinhardt

Großes Schauspielhaus
Fünf Dich
CHARELL-REVUE

Elite-Sänger
Kottbuser Str. 8 - Tel. Mpt 10075
Täg. 8 Uhr, nach Sonntag nachm. 3 Uhr (zu halbes Preis)
Weihnachts-Spielplan!
„Weihnachtswald und Försterhaus“

WINTERGARTEN
Ein Weihnachts-Programm für Groß und Klein!
Sonnt. nachm. 3/4 Uhr halbe Preise
Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Weihnachts-Programm!
Nachmittags halbe Preise
volles Abend-Programm

Dünhoff-Brett!
Das so beliebte Familien-Varieté!
Humor, Tanz, Stimmung! Kl. Preise!

Billiger Puppenverkauf!
Ganz entzückende Modelle. Nur einmaliges Angebot.
Wunderhübsche Schlafpuppen von 1.50 M.
Tapeten-Magazin „Humboldt“
Brunnenstraße 112, Ecke Vollstraße
nur 1 Etage, kein Laden.
Vorzeiger 5% Rabatt.

HUNDE
Katten, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neues Kriegerereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Für den Weihnachtstisch des Herrn
Robro
FELDSTECHER
FÜR REISE, SPORT, JAGD

OPTISCH-OCULISTISCHE ANSTALT
JOSEF RODENSTOCK
NACHF. OPTIKER WOLFF G.M.B.H.
LEIPZIGER STRASSE 101-102
JOACHIMSTHALER STR. 44
GRUNEWALDSTRASSE 36
FRIEDRICHSTRASSE 39-60
ROSENTHALER STRASSE 48
H. NEANDERSTRASSE 23
Sonntagsgeöffnet
Robro-Universal 4XK30 - Lichtstarke Jagdglas 4XK35

Allg. Ortskrankenkasse Bl.-Lichtenberg
Einladung
zur ordentlichen Sitzung des Ausschusses
zu Mittwoch, den 21. Dezember 1925, nachmittags 3 Uhr im Konferenzsaal, Wagnersstraße 18, 1. Etage.

Mieten Sie von uns
Waschmaschine
in 6 Monaten
für Ihr Eigentum
Auf Wunsch mit Zinsen

p. Raddatz & Co.
Berlin V 66, Leipzigerstr. 122-123.

Korbmöbel
eigener Herstellung in gediegenen Ausführungen kaufen Sie bei gr. Auswahl vorrätig u. billig im Spezial-Korbmöbel-Edmund Vos
Neukölln, Berlin Str. 11, Nähe Hermannplatz.
Tel. Hahnd 7254, Zahnumserleichterung.

Verkäufe
Neumann-Rahmen für Bouquet- und Gewerbe, Tischplatten, Reparatur-Werkzeug für alle Sägen, Emil Seibert & Co. m. b. H., Friedrichstraße 56, Berlin 60.

SCHWEIZER-MUSIKHAUS
liefert Quall äismusik direkt auf Teilzahlung
Riesenlager in Musikplatten erster Marken / Eigene Reparatur-Werkstätten
Verkaufsstellen:
Zürchersee, Berliner Allee 21
201. mere dr. Berliner Str. 133
2e. teile Wilschhofstr. 19
Zürchersee

SCHWEIZER-MUSIKHAUS
BERLIN

Seiterwagen
alle ander. Transportgeräte liefert
billig!
Großer Vorrat
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71,
Kas. Lohndamm.
Keine Schaufenster-
Reklame, außer-
ordentlich billiger Preis!

Gewinn-Auszug
3. Klasse 26. Preußisch-Sächsische Klassen-Lotterie
2. Ziehungstag
12. Dezember 1925
Auf jede gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lots gleiches Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Gewinn-Auszug
3. Klasse 26. Preußisch-Sächsische Klassen-Lotterie
2. Ziehungstag
12. Dezember 1925
Auf jede gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lots gleiches Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2